

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Verlag: 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. **Verlagstag** außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., **Samstags** mit der **Volksstimme** Beilage „**Volk und Zeit**“, sowie **wöchentlich** abwechselnd: **Das Volk** und **die Arbeit**.

Verlag: Expedition: Halle, Gr. Brauhausstr. 17.
Verlag: 6002. Postfachnummer Halle Nr. 1109

Nr. 171

Bezugspreis: Durch Anstänger zugesandt monatlich 6,00 Mk., einschließlich Porto. Für Höherer 6,50 Mk. Durch Postweg in Vierteljahre 15,- monatlich 5,00 Mk. Einzelhefte 1,-

Halle, Montag, den 25. Juli 1921

Anzeigenpreis: In achtgepalt. Anzeigenzeit kostet das Millimeter 60 Pf., bezüglichen Zeilen im dreizehnteiligen Text 250 Pf. Gehalt der Anzeigenpreise für die nächste Ausgabe beträgt 9 Pf.

5. Jahrgang

Deutsche Hilfe für Rußland.



Es darf mit großer Genugtuung aufgenommen werden, daß Deutschland allen anderen voran den Hilferuf des hungernden Sowjetrußland mit der Erklärung beantwortet hat, es sei bereit, nach Kräften zu helfen. Deutschland kann keine Lebensmittel schicken, aber andere Dinge, die Rußland dringend braucht, wie Arzneimittel und ärztliche Instrumente. Es könnte vielleicht mit geringen Mitteln noch mehr leisten, wenn es Verze und erprobte Organisationskreise nach Rußland schickte, um in Unterstufung der dort gebildeten Organisationen das Hilfswort so wirkungsvoll wie möglich zu gestalten.

Es ist ein interessantes Zeichen der in Rußland beginnenden Wandlung, daß in Moskau ein Hilfskomitee gebildet werden konnte, das neben bekannten bolschewistischen Führern auch menschewistische und noch weiter rechts stehende Politiker umfaßt. Der Zusammenlegung dieses Komitees entspricht ja auch die Tatsache, daß sich die bolschewistische Regierung in ihrer großen Not ungeheuer an die Regierungen bürgerlicher Staaten hilfsuchend gewendet hat.

getragen. Es heißt wahrlich, Böses mit Gutem vergelten, wenn Deutschland jetzt bereit ist, zur Befämpfung der russischen Hungersnot alles, was in seinen Kräften steht, zu tun.

Wir hegen nur den Wunsch, daß der Bolschewismus aus dieser Krise, falls er sie mit europäischer Hilfe übersteht, etwas geläutert hervorzuheben möge, etwas weniger selbstischer in seiner Unliebbarkeit, etwas weniger angriffsunfähig gegen die europäische Arbeiterbewegung, etwas weniger interkontinentalistisch in unseren inneren deutschen Angelegenheiten. Darin wird sich auch die Möglichkeit eines Nebeneinanderarbeitens ergeben, das beiden Teilen zum Besten dienen wird.

Gerhart Hauptmann an Gorki.

Berlin, 25. Juli. (Fris.-Tel.) Den Hilferuf Maxim Gorki hat der Dichter Gerhart Hauptmann gestern mit einem längeren Telegramm beantwortet, in dem es am Schluß heißt: Die ganze zivilisierte Welt hat Ihren erschütternden Ruf nicht nur mit den Ohren, sondern auch mit dem Herzen gehört. Sie wird Sie nicht ohne Antwort lassen. Je mehr Sie zu tun imstande ist, je besser es ihr gelingt, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sich die Menschheit entzündeln. Was aber das geprüfte, doch allseits hilflos-bereite deutsche Volk betrifft, so ist es schon heute durch den Ruf aus dem Herzen erregt und bewegt, und ich darf getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftig Hilfe zu leisten.

Die Kommunisten für die Einseitigkeit.

Die „Rote Fahne“, das Zentral-Organ der K. P. D., bringt an der Spitze des Blattes einen eindringlichen Aufruf „Helft Sowjet-Rußland!“. Mit einem Male ist es in der kommunistischen Presse von den unermesslichen Nahrungserweiterungen Rußlands ruhig geworden. Sonst hatten wir immer hören müssen, daß alle Nahrungsmittel in Deutschland zu Ende sei, wenn wir in revolutionärer Verbrüderung eine Allianz mit Sowjet-Rußland eingehen. Jetzt ist die Not in Rußland so groß geworden, daß selbst die deutschen Kommunisten sie nicht mehr ablegen können und sie fordern nun, daß die künftige Wirtschaft an Rußland abgibt, was dort zum Schutze des Lebens der Bevölkerung dringend benötigt wird. Interessant ist an den Aufrufen der „Roten Fahne“: Unermessliche Bereitschaft mit der Regierung und mit den Arbeitern anderer Parteien, also auch bürgerlicher Parteien, in dieser Frage Hand in Hand zu arbeiten.

Die Antwortnote an Frankreich.

Von der Regierung wird jetzt die Antwortnote bekanntgegeben die anlässlich der französischen Note vom 16. über Obereschleien dem französischen Botschafter überreicht wurde. Es heißt darin u. a.:

Die deutsche Regierung ist durch den Schritt des französischen Botschafters vom 16. Juli überrascht worden. Die französische Regierung führt Beschwerde über den angeblich „infolge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Obereschleien und über die angebliche Gefahr einer gewaltsamen deutschen Aktion“. Die deutsche Regierung hält es für unmöglich, daß die erhobenen Vorstellungen hätten erfolgen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Obereschleien zu rufen unterrichtet gewesen wäre. Die ihr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals de Rond sowie die bringenden Mitteilungen der polnischen Regierung, auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeichnung beruht, deuten sich offenbar nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Abstimmungsgebiet.

Die Lage in Obereschleien ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe.

Die französische Aufzeichnung verweist auf angeblich „ungeheuerliche Ausäußerungen und unmittelbare Herausforderungen des Generals Höfer“, welche die Schwere des in Obereschleien vorbereiteten Angriffs betätigen sollen. Die deutsche Regierung wäre dankbar, wenn sie hierüber nähere Informationen erhalten könnte. Ihr selbst ist trotz Nachforschungen von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Höfer nichts bekannt geworden. Die Aufzeichnung behauptet sich ferner über deutsche Auktionen, welche besonders gegen französische

Truppen und Beamte gerichtet seien. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Montalagré ist nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutscher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, diese Tat mit dem deutschen Selbstmord oder mit der deutschen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.

2. In dem Rattiborer Falle handelt es sich angeblich um einen französischen Leutnant, der einen Zug deutschen Flüchtlinge vor dem Bahnhof fotografierte. Dieser französische Offizier, der während des Aufstandes die Ueber-gabe der Stadt Rattibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten stark gereizt, welche die Herausgabe der Platten von ihm forderte. Er zog sich in ein Hotel zurück und bedrohte von dort aus die Flüchtlinge mit Handgranaten. Schließlich gab er die Platten heraus, die dem Kreisfotografen übergeben wurden. Mißhandlungen des Offiziers haben nicht stattgefunden.

3. Ueber den Fall des Hauptmanns Luz und des Leutnants Duval liegen mehrere Nachrichten nicht vor. Die deutsche Regierung würde dankbar sein, wie ihr die zur Nachprüfung der Angelegenheit erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht würden.

4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunkenen dar, der nach Schluß der Polizeistunde in ein dem Hospital benachbartes Wirtshaus einzudringen versuchte und von dem Wirt entfernt wurde.

Zu dem Fall der Mißhandlungen des Untersuchungsrichters Schaedelin ist zu bemerken, daß es sich offenbar um einen Raubakt eines ungeschulten in Unteruchungshaft genommenen Mannes handelt. Eine Verurteilung hat nicht stattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei absichtlich nicht eingeschritten wäre, läßt sich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten.

Die in der französischen Aufzeichnung aufgestellten Behauptungen über den deutschen Selbstmord sind nicht zutreffend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den obereschleischen Selbstmord ablehnen. Sie betont, — wie in ihrer Note vom 23. Mai, — erneut mit Nachdruck, daß der obereschleische Selbstmord sich als eine aus dem Zusammenstoß der Bevölkerung hervorgegangene Notreaktion darstellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der internationalen Kommission unterstellt ist.

Die französische Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Oberleitung des Selbstmordes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Höfer sich in Brigg befinde. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbstmordes, das in Oberlogau seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und Oberlogau geräumt. General Höfer weilt nicht in Brigg, wo er nur am 6. und 7. Juli gewesen ist, um die Aufklärung des Selbstmordes zu vollenden, vielmehr hat er sich von dort nach seinem Wohnsitz Coburg begeben und ist auf der Durchreise dort am 11. Juli in Berlin gewesen.

Während somit eine Gefährdung des Friedens von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut verlust wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde. Die Räumung des Gebietes durch die Polen ist nur zum Schein erfolgt. Innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Injuranten bestehen geblieben. Die Waffen sind verstreut, die in Folge der Amnestie freigebliebenen polnischen Führer haben auf ihren Posten. Die Mannschaften, die nach ihrem eigenen Angaben nur auf einige Wochen beurlaubt sind, warten nur auf den Befehl zu neuem Vordringen. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgebliebene Bevölkerung, ist nach hier vorliegenden Berichten für die Entweihung der polnischen Injuranten bisher nichts Durchgeführtes geschehen. Zum Teil sind sogar in den neuvergerichteten Gemeindeführern Injuranten mit ihren Gefolge aufgenommen worden. Auch die Verwaltungen beschleunigen die Injuranten nur zum Teil, und auch dies mehr nur zum Schein als in Wirklichkeit, an die internationalen Kommission abgeben. Wie sehr sich die polnischen Injuranten als Herren des Landes zeigen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verschleppungen deutschgebliebener Leute, die immer wieder vorkommen, und zeigen besonders die polnischen Fahnen, die heute wieder über zahlreichen Dörfern wehen, nachdem sie für die Dauer der kürzlich vom General Le Rond unternommenen Inspektionsreise eingebracht waren. Mißfall haben auch die Injuranten sogenannte Liquidationsbüros im Lande alliierte Kommission abgegeben. Wie sehr sich die pol-

Die entscheidende Stellungnahme der deutschen Regierung in dieser Frage ist vielleicht nicht zum mindesten auch auf den Umstand zurückzuführen, daß im gegenwärtigen Kabinett Sozialdemokraten sitzen, und daß sich die sozialdemokratische Presse mit den bekannten Gründen sofort für die Unterstützung des Hilfsworts durch Deutschland einsetzt hat. Die kommunistische Presse zeigt sich über die Vorgänge einmütig erregt und bewegt damit auch neue, daß sie in einer Welt nicht der Wirklichkeit, sondern ihrer eigenen Phantasien lebt. Sie hat ihren Vertretern so oft erzählt, daß die deutschen Sozialdemokraten an nichts anderes als an die Vernichtung der russischen Sowjetmacht denken, bis sie dieses Märchen selber geglaubt hat. Und noch jetzt glaubt die „Rote Fahne“ dem „Vorwärts“ ein Rollen darüber lesen zu dürfen, daß er durch seine Kritik am russischen Bolschewismus die Arbeit derjenigen unterstellt habe, die den gewaltsamen Umsturz in Rußland wollen. Die „Rote Fahne“ hält also die Kritik an russischen Regierungsmethoden und russischen Zuständen — um mehr hat sie sich für die deutsche sozialdemokratische Presse niemals behandelt — für eine feindselige Handlungsweise gegen die russische Regierung und für eine Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes. Der kommunistischen Presse in Deutschland ging es aber schlecht, wenn sie, die sich in der Kritik deutscher Zustände doch wahrhaftig seine Zurückhaltung aufweist, nach denselben Maßstäben gemeinen würde.

Die Kritik an den russischen Zuständen ist aber in der sozialdemokratischen Presse auch nicht bloß geübt worden aus Lust an Kritik, sondern sie war notwendig, wenn die deutsche Arbeiterschaft die Wahrheit erfahren und von Verlogenheiten abgesehen werden sollte, die Entwicklung Deutschlands in russische Bahnen zu zwingen. Man darf doch keinen Augenblick vergessen, daß das offizielle Rußland und seine westeuropäischen Propheten gegen die deutsche Sozialdemokratie stets als Angreifer aufgetreten sind, und daß die Kritik an dem uns so hüftmäßig empfohlenen russischen Vorbild nichts anderes als ein Mittel nützlicher Ueberrichtung war. hätte von vornherein Einsicht darüber bestanden, daß das, was möglicherweise für Rußland taugt, und daß es ein Unheil und ein Unfug ist, westeuropäisches Leben in russische Formen pressen zu wollen, dann hätte die deutsche Sozialdemokratie viel weniger Ursache gehabt, sich mit den inneren Verhältnissen Rußlands des näheren zu befassen, sie hätte sich auf den Standpunkt beschränken dürfen, zu erklären, daß sich nicht eines für alle läßt, und daß die Methoden Lenin nicht die ihren sind. Es war gerade der deutsche Kommunismus, der durch seine mühenreichen und eifrig nachwirkenden Politik der Sozialdemokratie unmöglich machte.

Wir dürfen ein wenig stolz darauf sein, daß Deutschland nach einem verlorenen Krieg selber in schwerer Not noch immer imstande ist, sei es auch in befeindeten Grenzen, anderen zu helfen. Deutschland würde dazu nicht imstande sein und der Ruf Rußlands nach Hilfe würde ungeantwortet verhallen, wenn die deutschen Kommunisten ihr Ziel erreicht hätten. Dann befänden wir uns in diesem Augenblick einer solchen Desorganisation unseres wirtschaftlichen Lebens, daß wir nicht imstande wären, auch nur einen Finger zu rühren.

Ob die Anwendung kommunistischer Methoden nach langjährigem fortgesetzter Konzeption der Menschheit heilbringend wäre, das wird eine ewig ungelöste Frage bleiben. Denn Rußland hat nach dreizehn Jahren, deren Ergebnisse grauenerfüllt waren, seinen ursprünglichen Weg verlassen müssen. Daß die Anwendung dieser Methoden den Völkern zunächst nur verführerische Glend bringt, sehen die Kommunisten selbst zu. Mit der Weltrevolution hätte Sowjetrußland nicht das Glück und das Wohlergehen aller, sondern den Hunger über die ganze Welt

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Wettbewerb an Schiffen. — Erhaltung des Wettbewerbes. — Geringe Besserung des Baugeswerbes in Deutschland. — Ungunst unserer Beziehungen zu Amerika. — Freigabe der Getreidemittel. — Ueberragend die großen Mähdrescher über die Klein- und Mittelmähdrescher. — Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte unter dem Einfluss des Bundes der Bauernvereine.

In den letzten Wochen ist viel davon die Rede gewesen, daß die englische Regierung, die einen großen Teil unserer deutschen Handelsflotte in ihren Häfen liegen hat, mit der Absicht umgehe, die Schiffe wieder an Deutsche Reedereien zu verkaufen. Seit langem befinden wir uns im Schifffahrtsverkehr in einem Zustand des Ueberflusses an Schiffen. Amerika hat in diesen Schiffsbau betriebe, daß man gegenwärtig nicht weiß, wie dieser große Schiffpark, der jetzt den amerikanischen Interessenten zur Verfügung steht, nutzbar gemacht werden kann. Das gleiche gilt, wie schon bemerkt, für England, und die handlungsreichen Länder sind nicht minder in der Not und Sorge um ihre Schiffahrtsbetriebe. Das alles hat sich in einer verhältnismäßig kurzen Zeit vollzogen. Noch im vorigen Jahre hatten wir zu enorm hohe Frachtaräfte, daß der Gesamtmarkt der Schiffahrtsmengenungen geradezu glänzend mit uns lieferte. In diesem Jahre hat nun die enorme Entwicklung der Waren in allen Ländern den gleichen Umschwung herbeigeführt. Die deutschen Reedereien haben sehr erhebliche Aufträge zum Neubau von Schiffen gegeben, um wieder ihre Betriebe hochzubringen. Allerdings ist die Herausgabe der Aufträge an die deutschen Verwerter etwas planlos betrieben worden, so daß das Bauprogramm, dem die Entschädigungssumme, die den Reedern vom Deutschen Reich gegeben worden ist, zugrunde liegt, bereits damit weitgehend in Angriff genommen worden ist, daß, wenn es in den bisherigen Werften fortgesetzt wird, nächsten 7 1/2 Millionen Reichsmark mehr, als zur Verfügung stehen. Der Wiederbeschaffung der Flotte wird somit, falls aber — das war bei den Reedereien angestrebte Beschäftigung — auf 5 Jahre verteilt werden.

Bei dieser Entwicklung werden wir selber damit zu rechnen haben, daß wir sehr bald in eine schwere Krise geraten, und es ist mit sich sehr verständlich, wenn sich gegen den Ankauf von Schiffen in England großer Widerstand geltend macht. Die Außenhandelsstelle für Schiffe hat vor kurzem den Beschluß gefaßt, zu genehmigen, daß 150 000 Tonnentonnen Schiffbaum nach Deutschland eingeführt werden kann. Außerdem soll den Reedereien gestattet werden, auf 3 Jahre Antäufte zu tätigen für Schiffe, die nach diesem Zeitraum wieder an das Ausland abgegeben werden müssen. In der Außenhandelsstelle ist einb auch Arbeiter vertreten. Es zeigt sich dabei wiederum die recht bewunderliche Haltung des Metallarbeiterverbandes, der bisher in dieser seine keine Vertretung inne hatte, da die Organisation nicht der Arbeitsgemeinschaft angehört, welche die Vertretung für die Außenhandelsstelle bestimmt. Die Selbstausstattung dieser Arbeitervertreter bei diesem so wichtigen Entschluß ist sehr zu bedauern und es zeigt sich, wie wenig leiber in Arbeiterkreisen die Bedeutung an der Mitwirkung solcher Beschlässe geachtet wird.

Die Entscheidung der Außenhandelsstelle muß immerhin zu Bedauern Anlaß geben, und die Herannahende der Schiffe wird für den Schiffbau in Deutschland eine erhebliche Beeinträchtigung zur Folge haben. Allerdings kann andererseits geltend gemacht werden, daß wir mit dem Rückfluß dieser Schiffe unseren Seeleuten wieder mehr Beschäftigung geben und auch die schnelle Entwicklung unserer Schiffahrtsgesellschaften ein allgemeines Interesse beansprucht. Voraussetzung ist nur, daß diese Entwicklung aufgeben wird durch die allgemeine Konkurrenz, die sich auf dem Weltmarkt bemerkbar macht.

Am Baugeswerbe ist noch Abgabe des stillstehenden Wohnungsbaus nicht unerhebliche Zunahme der Beschäftigung eingetreten. Die Zahl der erbauten Wohnhäuser ist gegenüber dem 1. Vierteljahr 1914 fast um das Dreifache gestiegen, die Zahl der Wohnungen um das Fünffache, 65 v. H. der erbauten Häuser und 67 v. H. der neugeführten Wohnungen wurden von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften hergestellt. Gegenüber 1920 ist die Zunahme der Bautätigkeit um das Doppelte gestiegen. Leider ist diese Entwicklung noch viel zu gering, um der Nachfrage zu genügen.

Wie der Wahnsinn der Friedensresolution in amerikanischen Kreisen erregen, man mit einiger Hoffnung auf einen Anbahnung besserer Handelsbeziehungen und der Wiederannäherung diplomatischer Beziehungen rechnen. Leider scheint diese Hoffnung sich nicht zu verwirklichen, denn weder besitzt die amerikanische Regierung zu einem Ergebnis zu kommen, noch sind deutsche Schritte unternommen, um zum Abschluß eines Handelsvertrages zu gelangen, der den enorm hohen Zolltarif, der im amerikanischen Parlament zur Beratung steht, in seiner Wirkung mildern könnte.

Recherchierungseffekte als ein politisches die Stimmung in Amerika für uns wenig günstig und diejenigen, die glauben, es wäre möglich, daß sich wieder günstigen Gaben in Amerika zu finden, werden sehr bald ihre Kräfte erschöpfen werden. Die sehr erheblichen Guthaben, die von Deutschland in Amerika festliegen, würden, wenn sie freigegeben wären, uns manche Hilfe bieten. Es deutet aber alles darauf hin, daß die amerikanische Regierung, wie es heißt, sich an diesen Guthaben scharf halten will gegenüber ihren Forderungen aus dem Versailles Vertrag, auf die sie anfeindlich nicht verzichtet. Die Reichsregierung soll, soweit uns berichtet wird, nur darin bestehen, daß man die Bestimmungen, die den Rückfluß, die Regelung der europäischen Grenzen und die Auslieferung der Kriegsverbrecher betreffen, nicht übertrifft, den anderen Teilen des Vertrages aber beitreten wird.

Die Freigabe der Getreidewirtschaft hat in der Mähdrescherindustrie bereits einen starken Antriebe hervorgerufen, die großen Unternehmen enger zusammenzuschließen. Die Freigabe der Bewirtschaftung vom freien Wettbewerb in der Mähdrescherindustrie wieder voll zur Geltung bringen und damit werden die Mittel- und Kleinbetriebe zu einem erheblichen Teil ausgegliedert werden. Vor allen Dingen werden die großen Mähdrescher darauf bedacht sein, das ausländische Getreide zu erfassen und ihr Konzentrat gebildet hinaus, eine Gewinnverteilung dieser Getreidemengen mit gemeinschaftlichem Anteil auf ihre Unternehmen herbeizuführen. Es ist wohl kaum zu einem System übergehen, das die Betriebe, die nicht voll beschäftigt werden, damit andere Unternehmen damit auszuschnitten werden können. Kollektivvertraglich ein

Standpunkt, gegen den sich nichts einwenden läßt, sozialpolitisch: die übliche Nebenwirkung, daß die Arbeitslosigkeit nicht gemindert wird.

Unter der voranschreitenden starken Preissteigerung für Getreide, die vom 15. August an, dem Beginn der teilweisen freien Wirtschaft in Austrieh, hat bereits die Preise von Export landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe gegangen. Für Mais hat eine Preissteigerung von 20 Mark eingetret und auch Delfanen stehen langsam im Preise an. Daneben macht sich auf dem Bäumarkt wiederum eine starke Tendenz der Aufwärtsbewegung bemerkbar, so daß bereits vom Reichswirtschaftsministerium angekündigt ist, daß, wenn diese Preisbewegung weiter anhält, die Einfuhr von Ledertreibstoff mit einer Reihe von Waren des weiteren Preissteigerung ein Ziel gesetzt werden, da im Ausland Leder unter dem hiesigen Marktpreis eingekauft ist.

Beinflusst von dem Stand unserer Markt sind die Preise für ausländischen Weizen erheblich in die Höhe gegangen. Wir sind heute nicht in der Lage, Weizen unter 4300 Mark pro Tonne in den Handel zu bringen. Ob bei vollständiger freier Wirtschaft dieser Preis eingehalten wird, der das Doppelte des inländischen Zwangspreises ausmacht, ist sehr fraglich, vielmehr ist zu befürchten, daß unter dem wüsten Treiben, das unmittelbar nach der Freigabe des Getreides eintreten muß, auch die Preisbewegung über den Weltmarktpreis hinausgeht. Die Herren vom Bund der Landwirte werden ihr reichliches Geschäfte machen. Für sie beginnt der große Zug, den sie mit allen Mitteln ihrer wüsten Agitation sich sichern. Das Volk trägt die Kosten.

Kapitalistische Erpresserpolitik.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse eine Meldung der sinnfälligen I. U., in der gesagt wurde, daß auf der Kruppischen Germania in Kiel ähnlich wie auf dem Grubauert in Magdeburg und in der Essener Gußstahlfabrik eine Arbeitsförderung vorgenommen werden müßte. Diese Maßnahme wurde folgendermaßen begründet: „Die Reizmittel aus dem Redereizfindungsvertrage reichen nicht im entzerrtesten zu, um die Fertigstellung der einzelnen Schiffe zu fördern. Sollten die Reedereien nicht in der Lage sein, auch noch selbst entsprechende Mittel heranzugehen, so ließe nichts anderes übrig, als mit dem Bau der betreffenden Schiffe aufzuhören. Auf die Dauer werden aber auch Arbeitereinstellungen nicht zu umgehen sein.“

Diese Begründung sagt alles. Sie zeigt sehr offen den Grund und den Zweck der Arbeitsförderung. Nicht ein Ansporn an Arbeit, sondern die Menge an Profit hat sie veranlaßt. Um die Gewinne zu erhöhen, geniert man sich absolut nicht, Tausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen und dem Hunger zu überantworten. Nachher schimpft man dann höflich über die „Armut und Faulheit“, womit man die Erwerbslosenunterstützung meint und hofft im Stillen, daß die Regierung sich herbeiläßt, den Reedern neue Milliarden zu opfern. Wie das Internehmentum während des Krieges, in den schwersten Stunden des deutschen Volkes seine Protesten interessieren über alles teilte, wie es jeden gewünschten Preis mit Hilfe einer mehr oder weniger offenen Drohung und der Einschüchterung der so wichtigen Produktion von Krisenrenten drohte, so laßt es auch jetzt noch „arbeiten“ zu können. Aus der Not ihres Vaterlandes ungehörte Gewinne zu pressen, das ist die Vaterlandsliebe der Sinnessen, „Patrioten“.

Wie in Deutschland so im Ausland! Eben hat die Welt die ersteilige Nachricht von der geplanten Arbeitslosenkonferenz in Hamburg gehört, so beginnen schon die amerikanischen Unternehmer um den Profit zu bangen. Der Weltkrieg war gerade für sie ein so glänzendes Geschäft, daß schon allein der Gedanke, er könne der letzte gewesen sein, sie in maßlose Angst versetzt. Die amerikanischen Verwerter verurteilen, daß sie für den Fall der Abrüstung ihre Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen müßten. Mit diesen Sprechfusseln glaubt das amerikanische Kapital, die Abrüstung beschleunigen zu können. Es tut so, als wenn es nur Kriegslohn und keine anderen gäbe. Aber der Bau von Kriegsschiffen ist der rentabelste und darum möchten sie immerzu nur Kriegsschiffe bauen. Auch für die Arbeiterarbeit soll das sehr wertvoll sein. Es heißt „guter und lobenswerter Beschäftigung“, sie darf sich nachher wieder am Kräfte „bestellern“, den Kapitalisten neue Gewinne erarbeiten und schließlich auch noch für sie leben lassen.

Diese Erpresserpolitik des internationalen Kapitalismus bedeutet eine schwere Gefahr für die Gesamtarbeiterschaft und fordert von dieser gespannte Aufmerksamkeit. National und international muß das Proletariat seinem gemeinsamen Feinde entgegenzutreten. Das mögen vor allem jene bedenken, denen die Antimerdamer Internationale „reputationsmäßig“ ist und jene, die sich an den Phrasen und dem Titelrausch der Moskauer Geistesgrößen heranziehen und Weiber durch Lobgespräche nach durch Phrasen läßt sich der Kapitalismus erweichen. Nur eine zielbewußte Arbeit, die unterstützt wird, von der großen Mehrheit der internationalen Proletariats, die von seinen Stimmungen und Gefühlen beeinflußt wird, die alle Möglichkeiten sorgfältig abwägt, jede unnütze Kraftvergebung vermeidet, vielmehr dem Kapital in jedem Ringen ein Stiel seiner Position nach dem anderen nimmt, bis jene Stellung erreicht und die Macht gewonnen ist, die den entscheidenden Schlag ermöglicht, verbürgt den Sieg der Arbeit über das Kapital.

Die Antimerdamer Internationale ist die internationale Arbeiterorganisation, die vor allen anderen Dingen bisher allein den Beweis geliefert hat, daß ihre Arbeit die Voraussetzung für diesen Sieg schafft. Sie wird gefürchtet vom internationalen Internehmentum und gehäht von den Moskauer „Gewerkschaftsführern“, denen jede freigeberwirtschaftliche Arbeit so neu wie unversen Kommunisten, die noch vor gar nicht langer Zeit gelb waren und jeden Augenblick bereit sind, es wieder zu werden, wenn ihr Interesse es erfordert. Aber trotz dieser Gegenwärtigkeit ist die Antimerdamer Internationale, getrieben vom Vertrauen von weit mehr als 20 Millionen Arbeitern, die die Macht, die alle Angestellte des internationalen Kapitals auf die Rechte der Arbeiter und die Lohn- und Arbeitsbedingungen abwachen kann, sondern sie allein ist — im rechten Augenblicke eingeleitet — in der Lage, den Sieg an die Arbeiter zu bringen.

Daspricht Mr. R.

Wir lesen im neuen Heft der „Globe“ 2. Aus der großen Zeit. Ein militärischer Schriftwechsel.

Der Reichsmann Schmidt lebte an Eshufverteidung und Bereiterung des Oberstenlethodens. Da ich gewisse Entscheidungen eingeleitet haben, beantrage ich Zulassung des konfliktierenden Chirurgen Herrn Sanitätsrat Dr. Pinner.

Prof. Dr. Cohn,
Ordinierender Arzt.
1. Referenzarzt I. No. I. No. 2870, den 8. Aug. 1874.
Dem Herrn Referenzarzt, hier, mit der Bitte vorgelegt, auf Grund der beiliegenden ärztlichen Zeugnisse der Heranzulassung des Herrn Sanitätsrats Dr. Pinner stattzugeben zu wollen.

Der Chiruzarzt: Marx, Stabsarzt der Landwehr.
2. Referenzarzt I. No. II. 4134 Frankfurt a. M., den 2. 1915. U. dem Sanitätsamt 18. Armeekorps befürwortet vorzulegen.

J. B. Dr. Lann.
XVIII. Armeekorps Sanitätsamt I. No. 29/31, Frankfurt a. M., den 7. 8. 1915. U. dem Referenzarzt-Direktor, hier.

Die Hinzuziehung des Generalarztes Prof. Dr. Rehn wird genehmigt.
5. Referenzarzt I. No. II. 4134, Frankf. a. M., 7. 8. 1915. U. dem Referenzarzt IX. zur Kenntnis.

1. Anlage. J. B. Lindemann.
Referenzarzt IX Frankfurt a. M. I. No. 2870 10. 8. 15. Herrn Prof. Dr. Cohn, Hochwohlgebornen, hier, zur Kenntnisnahme.
Der Chiruzarzt: Marx, Stabsarzt d. Landwehr.

7.
10. 8. 15. Kenntnis genommen mit dem Bemerken, daß Schmidt bereits am 6. 8., verstorben ist.
Prof. Dr. Cohn.

Neuwahlen zu den Handwerksammern.

Der Amtliche Preussische Pressendienst schreibt: Mehrfach sind in letzter Zeit Körperparteien und Vereinigungen des Handwerks bei dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe vorkestellt geworden, mit möglichst Bescheinigung Wahlen zu den Handwerksammern vornehmen zu lassen. Bekanntlich sind besondere Wahlen seit Beginn des Krieges nicht mehr erfolgt. Infolgedessen weisen viele Kreise des Handwerks darauf hin, daß die Zusammenlegung der Handwerksammern vielfach nicht mehr der Aufstellung der Wahrscheinlichkeit entsprechen, und daß besonders mit Rücksicht auf die großen, im Gange befindlichen geschäftlichen Arbeiten auf dem Gebiete des Handwerksrechts Neuwahlen erforderlich seien.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat sich der Berechtigung dieser ihm vorgetragenen Wünsche nicht verschlossen und ist zunächst an den Reichswirtschaftsminister mit der Anregung herangetreten, fadstich durch eine Kivelle zur Gewerbeordnung ein neuzeitliches Wahlrecht für die Handwerksammern einzuführen, nach welchem mit möglicher Beschleunigung Neuwahlen vorgenommen werden sollen.

Kahr spricht.

Auf einem Kommerz Landshuter Studenten hielt der bayrische Ministerpräsident v. Kahr, wieder einmal eine Rede, bei der offenkundig der Einfluss der Höhe und des gewaltigen Hieronymus eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Er bezeichnete die deutsche Novemberrevolution als ein Verbrechen und das Kaiserium als die Schuld unserer Väter. — Das letztere mag wohl der Fall gewesen sein. Herr v. Kahr aber möge sich gefaßt sein lassen, daß die Schuld der Entfel eine andere ist: ihre Schuld! — und die unsere ist die Republik, und wenn auch ein Mann von der Qualität des Herrn v. Kahr imstande ist, sie uns gründlich zu verwechseln, so werden wir doch nicht ablassen, sie so auszubauen und zu gestalten, wie sie uns, den Enteln vor Augen schwand.

Notizen.

Selbstmord eines bayerischen Ministers. In den letzten Tagen wurden in den reichstehenden Zeitungen Bayerns mit zunehmender Deutlichkeit Mitteilungen über Wünschlungen gemacht, denen sie den bis vor kurzem im Amt gemessenen Staatsminister, bayerischen v. Braunedorfer bezeichlichten. Frauenodorfer war nicht nur ein Liebhaber, Kenner und Sammler antiker Münzen, er hat auch mit einer gewissen Verlässlichkeit lange Jahre sein Amt als bayerischer Verkehrsminister innegehabt. Unter dem alten Regime vor dem Kriege ist er seine Pflicht als Exzellenz und Ritter beher Ohden, er blieb auch unter Einem Regierung in seinem Postamt. Jetzt hat er sich, wie eben gemeldet wird, erschossen.

Abgelehntes Frauenwahlrecht. Die heilige Kammer hat mit Stimmmehrheit abgelehnt, den Frauen das Stimmrecht für die Provinzialparlamente zuzuerkennen. Für das Wahlrecht stimmten die Katholiken. Da die Katholiken im Senat die Mehrheit besitzen, ist ein Konflikt zwischen Kammer und Senat nicht ausgeschlossen.

Stapelbau zweier Dampfer. In Steetin liefen auf der Werft des Rufan zwei für den Norddeutschen Lloyd in Bremen erbaute Frachtdampfer von je 60000 Tonnem Gehalt vom Stapel.

Allen denken, welche an

**Johannisblug
Umma Jouis
Leben. vom Oberlehrer Wilhelm
auf 4 Bände eingeteilt
mit 100 Abbildungen
von den
Jahreszeiten**

Halle und Gaalreisorte.

Halle, 23. Juli 1921.

Unter Sommerfest.

Zum heißen Wetter begleitet, bewegte sich in den herkömmlichen, vielleicht zu herkömmlichen Bahnen. Der Besuch war so gut, daß der gewöhnliche Garten im „Pöhlings“ beinahe nicht ausreichte hätte. Schon von den ersten Nachmittagskunden an legte ein lebhaftes, feilfreudiges Treiben...

Serienwanderungen!

Die nächste Ferienwanderung findet am Dienstag, den 26. Juli, statt. Treffpunkt wie am Freitag (Hallemarkt) und (Wohr) nämlich 8 Uhr. Ziel Wald bei S. H. a. a. c. i. Abfahrt vom Detleber Bahnhof Punkt 9 Uhr. Bahnfahrts bis Dalau. Fahrgeld für Kinder unter 10 Jahren 5 Pf., für 10 Jahren 5 bis 14 Pf. Eine schriftliche Beteiligung ist angeben.

Der Sturmzug im Gaalreise.

Zu unserer Notiz „100 Offiziere als Feldbürger“ geht uns von der Gaalreise ein Brief zu, dem sich die genannte Körperpolitik gegen die in der Notiz schon offen und beständig Formide vermahnt. Wir geben aus dem Inhalt folgendes Zahlenmaterial bekannt: „Es sind insgesamt über 200 65 Feldbürger durch unsere Vermittlung bei den einzelnen Besitzern des Areals angesetzt. Darunter befinden sich, nach unseren Angaben, 1 ehemalige Offizier, 8 Reserve-Offiziere, von denen einer im Zivilberuf, 2 Kaufleute, 1 Privatsekretär, 4 landwirtschaftliche Beamte, 1 Eisenbahnwärter, 18 ehemalige Offiziere, darunter kein Offizier, vierfach Rückführende...

Der Anzeigende Hermann Zeit aus Kobach wurde bei der Einnahme des Gewerbes von der Schutzpolizei eingekerkert. Er war Mitglied der 9. Kompanie gewesen, hat sich aber von allen Gewerkschaften zurückgezogen. Er wird gemäß der Anfrage der Staatsanwaltschaft wegen Anschlusses an gewisse Parteien des Mannes verurteilt. Doch wird dem Angeklagten in Anbetracht seines guten Charakters Strafaufschub mit dreijähriger Bewährungsfrist ausbleibt.

Der untenstehende Hermann Kippstein aus Esleben wird beschuldigt, ein Währungsreformgesetz zu haben, welches ein solches Verbot enthält und sich hierbei ein Paar Schuhe angeeignet zu haben. Außerdem wurde ihm während der Währungsreform ein Gewehr aufbewahrt, mit dem er einige Minuten lang Schießen konnte. Er kann den Beweis erbringen, daß er bei der Heiserkeit der Sache nicht schuldig gemacht hat, während er sich Vorbehalten gegen das Entnahmungsgebot ergibt. Er wird gemäß der Anfrage der Staatsanwaltschaft zu 10 Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Strafkammer.

Der Arbeiterbewusstsein im März.

Um den kommunikativen Austausch zu fördern, hatten die beiden Anzeigenden Gulasz Hartmann aus Beelen und Wilhelm Kähler von Halle die Arbeiter des Beelenen Arbeitervereins in der letzten Sitzung aufgeführt. Letzterer hatte die Arbeit nach in dem Geschäft, was den Salzfahnen Betrieben und Familien in Folge der nun eintretenden des Hofmann erhebliche Mißbilligung brachte. Der Magistrat hatte vorher gegen die beiden Anzeigenden Strafverfügung gestellt. Das Gericht brachte die Verurteilung des Beelenen Anzeigenden betr. Stilllegung lebenswichtiger Betriebe in Anwendung. Da Hartmann als Mitglied des Betriebsrates eine einflussreiche Stellung hatte, wird gegen ihn auf die schwerere Strafe von 1 Monat Gefängnis erkannt, während Kähler zu 1 Woche Gefängnis verurteilt wird.

Geschlossene Umwehr gegen Lohnabbau und Preiserhöhung.

Am Freitag, den 22. Juli, laßte im Volkspark eine Versammlung der Kartellbesitzer und Gewerkschaften die Verhandlung des Kartells wieder die gesamten Halleischen Gewerkschaften bis auf wenige Ausnahmen vertreten waren. Es ist gelungen, mit den Gewerkschaften, die sich aus bestimmten Gruppen bisher gemindert hatten, dem Kartell sich wieder anzuschließen. Die Verhandlung wurde in der ersten Sitzung, die am Freitagabend im Volkspark stattfand, die um die Umbildung zu erzielende Einigkeit der Kartellbesitzer wieder herzustellen. Daß die starken Gegenstände, die in der ersten Sitzung der Kartellbesitzer, noch nicht ganz wieder hergestellt sind, bemerkt allerdings schon diese erste gemeinsame Sitzung. Von den anwesenden Kollegen wurde beantragt, die dem Vorstand vorgelegte Tagesordnung zu ändern und zuerst die Punkte zu behandeln, die in der Verhandlung nicht vorgebracht wurden. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag angenommen. Die Vertreter des Bauarbeitervereins beantragten, in den nächsten Kartelltag als ersten Punkt die Punkte des gesamten Kartells zu behandeln und auf die Tagesordnung zu legen. Der Vorsitzende, Kollege Heise, erklärte, daß der Vorstand diesen Antrag annehme.

Wir gehen heute abend 8 Uhr zur öffentlichen Volksversammlung nach Wildorsdorf.

Genossin Antone Pihl, Mitglied des Reichstags, spricht über wichtige politische u. wirtschaftl. Probleme.

und sich eine Abtönung darüber erbringe. Ein zweites, von den Kartellbesitzern gestellter Antrag enthielt drei Punkte: erstens, eine allgemeine Verammlung einzuberufen, die sich mit der Preisregulierung befaßt; zweitens, eine gemeinsame Verammlung, in der die Kartellbesitzer und Gewerkschaften teilnehmen (in beiden Verammlungen sollen Vertreter des A. D. G. B. referieren); drittens, am 2. August eine allgemeine Verammlung einzuberufen, in der ein Delegierter aus Mostauer Gewerkschaften Bericht erstatten soll. Der Vorsitzende, Kollege Heise, erklärte, daß der Kartellbesitzer, der die Verhandlung mit den Kartellbesitzern, die am Freitagabend stattfand, sich mit den Punkten 1 und 2 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt...

Dann erhielt der Gewerkschaftsreferent, Kollege Wiesepp, das Wort zu geschäftlichen Mitteilungen. Einmalig wies er nochmals darauf hin, daß es gelungen sei, eine Verständigung mit den Kartellbesitzern zu erzielen. Die Verständigung sei aus manchen Gesichtspunkten her zu begrüßen. Die Verständigung sei aus manchen Gesichtspunkten her zu begrüßen. Die Verständigung sei aus manchen Gesichtspunkten her zu begrüßen...

Der Anzeigende Hermann Zeit aus Kobach an das Land zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlung in der 2. Sitzung stattfand, wurde die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an. Durch diese Maßnahme, die die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an, durch diese Maßnahme, die die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an...

den Gewerkschaften über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet ist. Dann wurde Kollege Wiesepp Mitteilung von der Gründung eines Jugendkartells, dem sich die meisten Arbeiterjugend-Organisationen in Halle bereits angeschlossen haben, und das sich zur Aufgabe stellt, die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend zu vertritteln. Eine der nächsten Kartelltagungen werde sich mit der Frage beschäftigen, die Beziehungen aus Gewerkschaftskartell zu dem Jugendkartell anzuknüpfen. Zum Schluss beauftragte Kollege Wiesepp noch die Gründung einer Zentrale für Arbeiterjugend, die in Verbindung mit der Gewerkschaften Einflußnahme für Arbeiterjugend in der Kartellbesitzern der einzelnen Gewerkschaften entgegen zu setzen, um ein gemeinsames Gewerkschaftsbüro zu schaffen. Anschließend an den Geschäftsbericht wies Kollege Wiesepp noch einmal kurz auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Kartellbeiträge hin und empfahl die Annahme der Beschlüsse, die der Kartellbesitzern der einzelnen Gewerkschaften entgegen zu setzen, um ein gemeinsames Gewerkschaftsbüro zu schaffen.

An der die an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion wurde mehrfach auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Kartellbeiträge hingewiesen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kartellbeiträge ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Kartellbesitzern sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Kartellbeiträge ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Kartellbesitzern sind.

Der Kartellbesitzer, der die Verhandlung mit den Kartellbesitzern, die am Freitagabend stattfand, sich mit den Punkten 1 und 2 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt...

Der Kartellbesitzer, der die Verhandlung mit den Kartellbesitzern, die am Freitagabend stattfand, sich mit den Punkten 1 und 2 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt...

Der Kartellbesitzer, der die Verhandlung mit den Kartellbesitzern, die am Freitagabend stattfand, sich mit den Punkten 1 und 2 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt, da er sich nicht über die Punkte 3 und 4 einverstanden erklärt...

Gondergericht.

Wieder einmal Mißfater.

Der Anzeigende Hermann Zeit aus Kobach an das Land zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlung in der 2. Sitzung stattfand, wurde die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an. Durch diese Maßnahme, die die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an, durch diese Maßnahme, die die Organisation des gesamten Gaalreislaufes als ein einziges großes benutztes Saufen an...

